



# DER FREIE BAUER

LANDWIRTSCHAFTSZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

## BRÜCKENBAU-BESUCH Minister Hofer in Linz

Im Rahmen eines Bundesländerbesuches konnte sich der freiheitliche Minister für Verkehr, Innovation und Technologie, Ing. Norbert Hofer, ein Bild vom Baufortschritt der Linzer Donaubrücke machen.

Seite 11



Foto: FfO



Die absurden Forderungen der NGOs

# Feindbild Bauer?

Seiten 8-9

### NATIONALRAT BESCHLOSS NEUE E-CARD MIT FOTO

Die neue e-Card soll Sicherheit gegen Missbrauch und Sicherheit bezüglich eindeutiger Identifikation für ELGA bringen.

Seite 6

### „KUH-URTEIL“ IST EIN SCHOCK FÜR BAUERN

Unglaubliche 490.000 Euro muss ein Tiroler Landwirt berappen, weil Mutterkühe eine Urlauberin attackiert haben.

Seite 14

### VERSCHWENDUNG VON LEBENSMITTELN

Die ersten Gesetze zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung sind in Kraft. Wann zieht Österreich nach?

Seiten 18-19

### FREIHEITLICHE ANTRÄGE IN DER LK ANGENOMMEN

Die Vollversammlung der oberösterreichischen Landwirtschaftskammer stimmte für die Anträge der Freiheitlichen Bauernschaft.

Seite 23

Österreichische Post AG - SP 07Z037583S

Ausgabe 01/19 (08.03.19)

Der Freie Bauer - Landwirtschaftszeitung für Oberösterreich  
Freiheitliche Bauernschaft OO, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz  
Kontakt: redaktion@derfreiebauer.info, www.derfreiebauer.info

Foto: pixabay



KOMMENTAR

Ing. Franz Graf

## EUROPÄISCHES SCHWEIGEN

Die erste Hälfte des Jahres 2018 war gepflastert mit etlichen Diskussionen und inhaltlichen Auseinandersetzungen über die neue GAP und deren finanzielle Ausstattung. Doch plötzlich hieß es, solange der tatsächliche Haushalt aufgrund nicht kalkulierbarer Umstände unklar ist, hängen alle weiteren Überlegungen zur GAP in der Luft. Brexit, ich kann das Wort schon nicht mehr hören. Völlig klar, auf diese Weise spart man sich die Diskussion zwischen „weiter so mit kleinen Adaptierungen“ oder soll man doch die Weichen neu stellen? Eine Nichtdiskussion bedeutet vordergründig Ruhe, verursacht aber in Wahrheit eine innere Unruhe, die bei den Bauern beklemmend spürbar ist.

Europäische Schwerfälligkeit, die manchmal fast zur Lähmung wird, verdeutlicht uns immer öfter, wie wichtig beherzte nationale Regelungen und Beschlüsse sind. Wie zum Beispiel eine gesetzliche Regelung in Frankreich, die ab Februar Dumpingpreise bei Lebensmitteln verhindern soll. Damit wird Lockangeboten und Aktionsware - dazu sind Lebensmittel mittlerweile verkommen - eine Marge aufgezwungen. Ein guter Schritt gegen gängige, aber unfaire Handelspraktiken.

Dieser sollte auch für Österreich und die EU als Vorbild dienen. Solche Schritte sind oft mühsam und bekommen weniger Aufmerksamkeit als manch markige Sprüche. Sprüche können vielleicht aufrütteln, aber nur handeln wirkt nachhaltig.

## BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE KATASTROPHE AUFGEDECKT:

# Bei der AMA explodieren die Kosten für Förderabwicklung

**Wieviel Geld kostet das Verteilen von Geld? Wie wirtschaften jene, die die Bauern kontrollieren und ihnen höchste Professionalität abverlangen? Um das herauszufinden, muss man lediglich den Grünen Bericht aufschlagen. Das Ergebnis: Nicht mehr schönzureden!**

Mit dem AMA-Gesetz, das im Juni 1992 beschlossen wurde, begann die Geschichte der Agrarmarkt Austria. Die Hauptaufgaben damals: Die Qualität von Lebensmitteln sichern, den Absatz fördern und verbraucherrelevante Informationen an die Konsumenten vermitteln. Mit dem EU-Beitritt wurde die AMA zur Zahlstelle. Die Abwicklung der Förderungsverwaltung im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik nimmt seitdem stetig an Bedeutung zu, besonders in finanzieller Hinsicht. Laut Grünem Bericht wendete die AMA im Jahr 2017 für Personal und Sachaufwand 70,78 Mio. €

auf, davon sind 58,9 Mio. € der Förderungsabwicklung zuzuordnen. Beschäftigt waren in Summe 725 Personen (fix Beschäftigte und Ausleihkräfte/Vollzeitaquivalente). Im Jahr 2000 waren 433 Personen beschäftigt. Die Ausgaben für Personal und Sachaufwand beliefen sich auf 486 Mio. Schilling (umgerechnet 35,32 Mio. €), davon wurden 286 Mio. Schilling für die Förderabwicklung aufgewendet (umgerechnet 20,78

Mio. €). Während sich die landwirtschaftlichen Betriebe von 2000 bis 2017 um ein Drittel reduzierten, wurde im selben Zeitraum die Zahl der Beschäftigten bei der AMA um zwei Drittel erhöht. Die Kosten für das Verteilen der Fördergelder sind regelrecht explodiert: Ein Plus von 183 Prozent! Fast dreimal so hohe Kosten, bei einem Drittel weniger Betriebe. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht eine Katastrophe!



Foto: pixabay



EU UND PALMÖLNUTZUNG:

## Bürgerbefragung zu Palmöl in der EU

Die EU-Kommission hat eine Bürgerbefragung zum Thema Bioenergie, hier im Speziellen zu Palmöl, gestartet. Die EU ist einer der größten Palmölverbraucher weltweit. Auch wenn sie nun versucht, eine entscheidende Rolle bei der Beschränkung der Produktion zu spielen, ist Palmöl nach wie vor in vielen Produkten vorhanden. Unterzeichnet werden kann unter [https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2019-762855\\_en](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2019-762855_en)

Foto: pixabay

## KEINE EINIGUNG VOR EU-WAHL IM MAI:

# Beschluss zur GAP-Reform wurde erneut verschoben

**Eine Einigung in der GAP-Reform vor den EU-Wahlen ist unwahrscheinlich. Der Agrarausschuss wird erst im April über die Reform beraten.**

Die Obleute der Fraktionen hatten nach über zweistündiger Diskussion am 19. Februar eine Empfehlung verfasst, das Gesamtplenar nicht mehr vor Auflösung des Parlaments im April und den EU-Wahlen im Mai mit der GAP-Reform zu befassen. In einer Kampfabstimmung

wurde ein Antrag von drei Agrarausschussmitgliedern niedergestimmt, den Ausschuss bereits am 6. und 7. März über die zusammengefassten Änderungsanträge abstimmen zu lassen. Man kann davon ausgehen, dass der Ausschuss entsprechend lange mit der Vielzahl an Änderungsanträgen befasst sein wird. Eine Stellungnahme des EU-Parlamentes nach der Abstimmung im Ausschuss ist dann nicht mehr vorgesehen. Die Vorschläge sollen danach sofort ins Plenum gelangen.



Foto: pixabay



Foto: pixabay

## ANGEBLICHE MEHRKOSTEN WERDEN VORGESCHOBEN:

# Angst vor mehr Transparenz?

**Kosten und hoher logistischer Aufwand werden als Gründe für die Vorbehalte gegen die verpflichtende Herkunftskennzeichnung vorgeschoben.**

„86 Prozent der Bevölkerung wollen wissen, woher ihre Lebensmittel stammen“, so das Nachhaltigkeitsministerium. Wirtschaftskammer-Präsident Harald Mahrer (ÖVP)

warnt indes vor bürokratischem Mehraufwand. Handelsverband-Geschäftsführer Rainer Will, der zuletzt im Kabinett des ehemaligen Vizekanzlers Mitterlehner

(ÖVP) tätig war, gibt sich vordergründig gesprächsbereit, sofern die verpflichtende Kennzeichnung auch in der Gemeinschaftsverpflegung Anwendung finde. Grund für das Herumwinden: Preisgünstige Beschaffung von minderwertigen Rohstoffen aus dem Ausland, denen man das rot-weiß-rote Pickerl aufkleben kann. „Wer schreibt schon gern auf seine Würstel, dass die Schweine dafür aus einem dänischen Mastbetrieb stammen?“, so Gourmetfein-Chef Fritz Floimayr. Die Kosten für die Kennzeichnung einer Leberkäsemmel betrage lediglich einen halben Cent.



## BIO-ESSEN, JA - ABER NUR, WENN DER PREIS NIEDRIG IST:

# Bio-Essen weiter beliebt

Die Beliebtheit von biologischen Lebensmitteln nimmt von Jahr zu Jahr zu. Wie aus aktuellen Zahlen von AMA und Bio Austria hervorgeht, gaben Österreicher im Vorjahr 148 Euro pro Haushalt und Jahr aus. Das entspricht einem Gesamtvolumen von

542 Millionen Euro – mehr als eineinhalbmal so viel wie 2013. Bei Fleischprodukten ist der Trend aber gegenläufig, weil die Preise für Bio-Produkte deutlich höher liegen. Österreicher wollen zwar Bio, aber nicht zu höheren Preisen.

Foto: pixabay

## IMMER NOCH 12,4 HEKTAR PRO TAG:

# Bodenverlust bremsen

In Österreich werden laut Umweltbundesamt täglich immer noch 12,4 Hektar Boden verbaut. In den meisten Fällen geht diese Verbauung auch mit einer Bodenversiegelung einher. Die Versiegelung schreitet damit fünf Mal so schnell voran, wie in der Nachhaltigkeitsstrategie 2002 einmal fixiert wurde. Maßnahmen gegen diese

Foto: pixabay

## JOSEF PRÖLL KONTROVERS:

# Verständnis für die Bauern?

Der ehemalige ÖVP-Landwirtschaftsminister Josef Pröll sprach in einem Interview mit „Blick ins Land“ über seine Tätigkeit bei der Leipnik-Lundenburger Invest (LLI). Im Interview zeigt Pröll sehr deutlich die Einstellung „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“, wenn er mit erfrischender Ehrlichkeit sagt: „Ich stehe definitiv in der Verantwortung eines Unternehmens und habe im Sinne der AG zu dessen Wohle zu agieren, was ich auch tue. Aber ich habe durchaus Verständnis dafür, dass Landwirte für hochwertige Rohstoffe auch einen Mehrwert lukrieren wollen.“ Es ist sicher tröstlich für die Bauern, dass der ehemalige Landwirtschaftsminister „Verständnis“ dafür hat, dass die Landwirte Geld verdienen wollen. Etwas mehr als Verständnis hätten sich die Bauern sicher gewünscht zu der Zeit, als Pröll noch Verantwortung als Minister trug.



Foto: Wikimedia, European People's Party, CC BY 2.0

Entwicklung sind schwierig, da im Baubereich viele verschiedene Ebenen involviert sind. Die Bundesregierung will nun einen neuen Anlauf unternehmen, um den Bodenverbrauch zu begrenzen. Re-  
gierungsbeauftragter Gernot Blümel (ÖVP) sagte, dass derzeit Expertendiskussionen zum Thema Bodenverbrauch stattfinden.



### FINDIGE SCHIMPANSEN HABEN GANZEN WERKZEUGKOFFER

Schimpansen sind noch cleverer als gedacht! Ein Forscherteam hat herausgefunden, dass sie einen „Werkzeugkoffer“ – also verschiedenste Instrumente zur Nahrungssuche – benutzen. Es handelt sich vor allem um unterschiedliche Stöcke.



### ROT-GRÜNES WIEN LÄSST SCHWERKRANKE UMZIEHEN

Noch heuer soll die Geriatrieabteilung im Kaiser-Franz-Josef-Spital in Wien geschlossen werden. 100 Pflegefälle müssten übersiedeln, 120 Mitarbeiter stehen vor dem Ungewissen – laut Experten eine Folge rot-grüner Gesundheitspolitik.



### SELTSAMER „FISCH-REGEN“ ERSCHÜTTERT DIE MALTESEN

Ein heftiger Sturm fegte Ende Februar mit einer Geschwindigkeit von 110 km/h über Malta weg. Das sehr starke Unwetter war derart heftig, dass es sogar Fische regnete – ein äußerst seltenes Erlebnis auf der sonst idyllischen Mittelmeerinsel.



Fotos (3): pixabay



Foto: BMVIT/Mike Ranz

### PROJEKTE AUF SCHIENE GEBRACHT

## Kooperation mit Ungarn

Am 11. Februar fand ein wichtiges Treffen zwischen Verkehrsminister Norbert Hofer und seinem ungarischen Amtskollegen Laszlo Palkovics statt.

Themen des Gesprächs in Wien waren unter anderem die gegenseitige Anerkennung von Probefahrt-Kennzeichen, Fahrzeitverkürzungen für die Bahnen auf der Strecke Wien – Budapest sowie ein innovatives Testlabor für Eisenbahn-Technologie namens „Open Rail Lab“ aus der Feder des Bundesministeriums für Verkehr und Infrastruktur (BMVIT). „Verkehrsverbindungen sind die Adern der Wirtschaft und essentiell für die weitere erfolgreiche Entwicklung“, erklärten beide Minister die Wichtigkeit einer engen Zusammenar-

beit zwischen Österreich und Ungarn im Bereich der Verkehrspolitik. Gleich zu Beginn des Treffens konnte ein Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Probefahrt-Kennzeichen unterzeichnet werden.

Auf der Eisenbahnstrecke Wien – Budapest hält FP-Hofer eine 12-minütige Fahrzeitverkürzung für realistisch. Diese soll mit dem Fahrplanwechsel im Jahr 2020 umgesetzt werden. Hinsichtlich des Ausbaus der Strecke Wien – Bratislava – Budapest planen die Ungarn die Fertigstellung einer Machbarkeitsstudie. Die einst in der Monarchie bedeutende Bahnstrecke Friedberg – Oberwart – Szombathely soll auch für das „Open Rail Lab“ genutzt und zudem technisch deutlich aufgerüstet werden.

### FÜR MEHR DIREKTE

## EU-Wahl:

Am 26. Mai wird in Österreich das EU-Parlament gewählt. Spitzenkandidat der FPÖ ist Harald Vilimsky. In OÖ tritt Roman Haider ganz vorne an.

„Eine Abrechnung mit den Verantwortlichen der Flüchtlingskrise“ kündigt Vizekanzler und FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache anlässlich der EU-Wahl an. Die Österreicher hätten nun auch auf europäischer Ebene eine Gelegenheit, die unverantwortliche Politik des alten Establishments „abzustrafen und einen Schlussstrich unter deren verfehlte Politik zu setzen“. Vilimsky betont, als einziger Spitzenkandidat den Kurs der türkis-blauen Bundesregierung bei der EU-Wahl klipp und klar zu verkörpern. Der FPÖ-Generalsekretär fordert eine „strukturelle Neuorientierung der Europäischen Union“. Dazu gehört auch eine spürbare



### ÄRZTE WAREN GEFORDERT

## Graz: Riesige Leber erfolgreich entfernt

Eine 17,5 Kilogramm schwere, sogenannte Zystenleber musste eine Steirerin bis vor kurzem mit sich herumtragen. Das Organ war mit flüssigkeitsgefüllten Blasen gefüllt. Es handelt sich um ein ziemlich seltenes Leiden, eine derart große Zystenleber war weltweit mutmaßlich einzigartig. Vor rund einem halben Jahr wurde sie in Graz operiert. Nun ziehen die beteiligten Mediziner eine positive Bilanz. Der Frau geht es inzwischen deutlich besser.

Foto: pixabay

Foto: pixabay



### KINDHEIT IN DER NATUR SCHÜTZT DIE PSYCHE

Wissenschaftler der dänischen Universität Aarhus sorgten jetzt für internationales Aufsehen: Die Forscher fanden heraus, dass Menschen, die in Nähe von Grünflächen oder der Natur aufgewachsen sind, im Vergleich zu den typischen Städtern ein bis zu 55 Prozent geringeres Risiko für psychische Krankheiten aufweisen dürften.

DEMOKRATIE UND SOUVERÄNITÄT

# Die FPÖ-Kandidaten



Foto: FPÖ

EU-SPITZENKANDIDAT IN  
OÖ IST NATIONALRAT  
ROMAN HAIDER  
(ERSTER VON LINKS).

Verkleinerung des kostspieligen EU-Parlaments sowie der Europäischen Kommission. „Eine europäische Einigung kann dann gewinnen, wenn mehr Kompetenzen an die jeweiligen Parlamente zurücküberantwortet werden und mehr direkte Demokratie zugelassen wird“, erklärt Vilimsky, der bereits erfolgreich im EU-Parlament als Abgeordneter und

FPÖ-Delegationsleiter tätig ist. An zweiter Stelle der EU-Kandidatenliste steht der steirische EU-Abgeordnete Georg Mayer, auf ihn folgt die bisherige Wiener Nationalratsabgeordnete und Sportsprecherin Petra Steger. Der vierte Platz geht an den oberösterreichischen Nationalratsabgeordneten und Unternehmensberater Roman Haider aus Aschach.

KUNASEK STOLZ AUF ZUSAMMENARBEIT

# Mehr Schutz vor Lawinen

18 Tote forderten die Lawinen der aktuellen Wintersaison bisher in Österreich. Im Bundeskanzleramt fand deshalb ein Gipfel statt. Jetzt folgen Maßnahmen.

In den kommenden vier Jahren sollen insgesamt 45 Millionen Euro in zusätzliche Lawinen-Schutzmaßnahmen gesteckt werden. Das Geld wird über den Katastrophen-

fonds zur Verfügung gestellt und soll vor allem in Schutzbauten und Wäldern fließen. Noch heuer soll eine erste Tranche über 8,3 Millionen Euro in den Schutz vor Lawinen investiert werden. In diesem Winter stand auch das Bundesheer vor besonderen Herausforderungen, die Soldaten mussten insgesamt 87.000 Arbeitsstunden beim Kampf gegen die weiße Flut bewältigen. „Nur gemeinsam – die zivilen Einsatzkräfte und unsere Soldaten – war man in der Lage, der Bevölkerung so rasch zu helfen“, betont FPÖ-Verteidigungsminister Mario Kunasek mit Stolz.



Foto: Bundesheer/Daniel TRIPPOLI

TIERE GELTEN ALS SEHR GEFÄHRLICH

# Russisches Militär rückte gegen Aggro-Eisbären aus

Auf der russischen Doppelinsel Nowaja Semlja herrschte im Februar ein Ausnahmezustand: Gleich 52 Eisbären wurden bei einer Siedlung gesichtet.

In der Vergangenheit hatten sich zwar immer wieder Eisbären in menschliches Umfeld getraut, doch ein derart gehäuftes Auftreten war in der Vergangenheit hatten sich zwar immer wieder Eisbären in menschliches Umfeld getraut, doch ein derart gehäuftes Auftreten war in der Nähe der Siedlung Beluschja Guba mehr als ungewöhnlich. Laut Experten suchen die Tiere in den Siedlungen nun verstärkt nach Nahrung. Gegenüber Menschen können die Eisbären jedoch rasch lebensbedrohlich aggressiv werden. Die Inselgruppe im eisigen Nordpolarmeer ist zwar militärisches Sperrgebiet, wird jedoch zugleich von

2.400 Menschen bewohnt. Bereits vor mehreren Wochen haben die Behörden von Nowaja Semlja den Notstand ausgerufen. Dutzende Eisbären drangen in öffentliche Gebäude sowie Wohnhäuser ein. Einige Tiere sollen sogar Menschen angegriffen haben. Die Behörden versuchten zuerst mit mäßigem Erfolg, die auch in Russland als gefährlich geltenden Eisbären zu verscheuchen. Laut der Armeezeitung „Krasnaja Swesda“ soll nun auch das örtliche Militärkommando gegen die pelzigen Tiere eingesetzt werden. Gemäß der Zeitung soll außerdem noch heuer mit dem Bau einer Müllverbrennungsanlage begonnen werden. Denn Müll lockt die Eisbären besonders an.

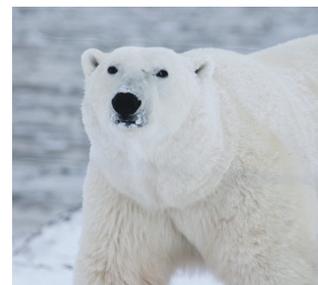


Foto: pixabay



BEI DEM NACHWUCHS  
DÜRFTE ES SICH UM DAS ERSTE  
„KOALITIONSBABY“ HANDELN.

TÜRKIS-BLAUE POLIT-LIEBE IM NATIONALRAT

# Koalitions-Baby kommt

Das zarte Band der Liebe macht offenbar auch vor dem Parlament nicht halt: Über die Politik haben die Nationalratsabgeordneten Johanna Jachs (ÖVP) und Hannes Amesbauer (FPÖ) zueinander gefunden, nun

erwarten die Turteltaubchen für den Juli ein gemeinsames Kind. Die Juristin Jachs aus OÖ sitzt seit dem November 2017 im Nationalrat – ebenso wie der gelernte Steinmetz Amesbauer aus der Steiermark.

Foto: pixabay

## EU-WEITE ZUSAMMENARBEIT WIRD GESTÄRKT

# Kickl: Katastrophenschutz ist äußerst wichtig für Österreich



DAS GESPRÄCH KICKLS  
MIT EU-KOMMISSAR  
STYLIANIDES VERLIEF  
SEHR ERFOLGREICH

Foto: © BMI/Gerd Pachauer

Beim Treffen von Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) mit dem EU-Kommissar für Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe Christos Stylianides am 25. Februar wurden unter anderem ein neues EU-Katastrophenschutzverfahren sowie die „EU Saves Lives Roadshow“ besprochen.

Mit dem neuen Katastrophenschutzverfahren wolle man sich auch vor Auswirkungen von Wetterextremen schützen. „Europa ist zunehmend mit Auswirkungen von Wetterextremen konfrontiert,

die durch den Klimawandel verstärkt werden. Durch Abschluss des neuen Schutzverfahrens wurden die kollektiven Fähigkeiten der EU erheblich gestärkt“, teilt Kickl zu den Hintergründen mit. Er

erklärte: „Wir unterstützen Initiativen für gemeinsame EU-Maßnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Katastrophenschutz und für eine höhere Effizienz bei der Prävention und der Vorsorge.“ Katastrophenschutz habe in Österreich nun eine hohe Priorität. Für das neue Katastrophenschutzverfahren seien außerdem die Einrichtung eines EU-Wissensnetzes für Katastrophenschutz mit Einbindung von Universitäten und Forschern sowie die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen erforderlich. Im Rahmen der Kampagne „EU Saves Lives Roadshow“ soll den Europäern zudem das EU-Hilfssystem näher gebracht werden. Es handele sich um eine „gelungene Kampagne der Europäischen Kommission“, unterstreicht Kickl.



BEI WATTENS/TIROL

## Dritter Rang bei „Edelweiss Raid“

Zum heurigen „Edelweiss Raid“ konnte das Team des Führungsunterstützungsbataillons 2 aus St. Johann im Pongau diesmal einen stolzen dritten Rang erkämpfen. Den Sieg sowie den zweiten Rang sicherten sich Mannschaften des deutschen Gebirgsjägerbataillons 233. Der Wettbewerb dient als Training für militärische Einsätze im Hochgebirge. Zugleich verbindet er militärische Einsatzaufgaben mit sportlichen Höchstleistungen. Heuer nahmen vom 25. Februar bis 1. März Soldaten aus insgesamt zwölf Nationen teil. 23 Mannschaften kämpften miteinander um den Sieg.

Foto: Bundesheer/Martin Hoerl

## EINDEUTIGE IDENTIFIKATION MÖGLICH

## Gegen Sozialbetrug: Foto auf E-card kommt ab 2020

Ende Februar beschloss der Nationalrat mehrheitlich die Einführung der E-Card mit Foto. Damit sollen Missbrauch und Betrug verhindert werden.

Die langjährige FPÖ-Forderung soll bis 2023 vollständig umgesetzt werden. Schon ab dem 1. Jänner 2020 werden alle Neuausgaben von E-Cards voraussichtlich nur noch mit Foto erfolgen. „Die neue e-Card kann alles – sie bringt Sicherheit gegen Missbrauch und Sicherheit

bezüglich eindeutiger Identifikation für die elektronische Gesundheitsdatenbank ELGA“, betont dazu Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (Foto). Entgegen der Behauptungen der Opposition würden die 32,5 Millionen Euro an Umstellungskosten im wesentlichen durch die wie gewohnt im Fünf-Jahres-Rhythmus anfallende Neuausrollung anfallen. Das Anbringen der Fotos selbst sei vergleichsweise deutlich günstiger, unterstreicht Hartinger-Klein dazu.



Foto: Sozialministerium/Zimmer, Johannes Zimmer



VAN DER BELLEN  
LIESS SICH AUCH MIT  
DRAGQUEEN CONCHITA  
WURST ABLICHTEN.

Foto: Peter Lechner/HBF

## FOTO MIT PROMINENTEN BEGLEITUNGEN

## VdB zeigt sich auf Opernball

Am 28. Februar fand der alljährliche Wiener Opernball statt. Neben zahlreichen türkis-blauen Regierungspolitikern zeigte sich dort auch Bundespräsident Alexander Van der Bellen. Als Begleitung hatte er eine Halbschwester von Ex-US-Präsi-

dent Barack Obama, Auma Obama, mitgebracht. Justizminister Josef Moser (ÖVP) überraschte, indem er die gewagt gekleidete Dragqueen Conchita Wurst als Begleitung präsentierte. Wurst betonte, sie wolle ein Zeichen für die EU-Wahl setzen.

## VIZEKANZLER STRACHE PRÄSENTIERTE INITIATIVE

# Dialog mit den Unternehmern

**In seinen Amtsräumen am Wiener Minoritenplatz empfing Vizekanzler Heinz-Christian Strache gemeinsam mit der Vizepräsidentin der Österreichischen Nationalbank, Barbara Kolm, Top-Unternehmer aus Österreich.**

Vorgestellt wurde Ende Februar die Initiative „Starke Wirtschaft. Starkes Land.“ Kolm erklärte dazu: „Diese Initiative bringt herausragende Wirtschaftstreibende und Politiker zusammen, um aktuelle Reformvorhaben zu diskutieren und gemeinsam zu optimieren. Das große Ziel von Vizekanzler Strache und diesem Dialogforum ist es, den richtigen politischen Rahmen für unternehmerische Leistungen zu gestalten, die den historischen Wandel Österreichs zum führenden Arbeits- und Wirtschaftsstandort Europas herbeiführen.“ Mehr als hundert geladene Gäste wohnten der Top-Veranstaltung bei. „Um unser Land wieder auf die Überholspur zu bringen, braucht es eine nachhaltige Stärkung der heimischen Wirtschaft – einer Wirtschaft, die die Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichermaßen berücksichtigt und nicht eine Seite gegen die andere ausspielt“, betonte Strache. Erforderlich sei eine nachhaltige Stärkung des österreichischen Wirtschaftsstandortes. Erreicht

werden soll dies auch über steuerliche Entlastungen für untere und mittlere Einkommensbezieher. Ergänzend zum bereits realisierten Familienbonus Plus soll so die Konjunktur weiter angekurbelt werden. „Wir brauchen eine Steuerentlastungsreform in zweierlei Hinsicht: Eine Entlastung bei der Komplexität des Steuerrechts und eine Entlastung bei der Steuerbelastung“, unterstrich der ebenfalls als Mitveranstalter anwesende Finanz-Staatssekretär Hubert Fuchs (FPÖ). Zugleich stellte Strache seine vor kurzem gestartete

Dach-Plattform „Denkwerk zukunftsreich“ vor. Diese soll es auch Wirtschaftstreibenden ermöglichen, sich mit eigenen Ideen und Anregungen einzubringen. Neben zahlreichen Unternehmern, beispielsweise Michael Holter (FA. Holter), Florian Koschat (Pallas Capital), Johannes Strohmayer (Austrian Equities AG) oder Jörg Holleis (System 7 Group) war auch Infrastruktur-Minister Norbert Hofer (FPÖ) am Wiener Minoritenplatz eingeladen. Hofer erklärte stolz: „Österreich steht bei internationalen Top-Unternehmen nach wie vor hoch im Kurs. Infrastruktur und Innovationskraft sind zentrale Voraussetzungen für Investitionen der Wirtschaft.“



STRACHE BRACHTE WICHTIGE ÖSTERREICHISCHE UNTERNEHMER AN EINEN TISCH.

Foto: FPÖ

## NEUARTIGE METHODE ZUR RETTUNG

## Drohne rettet Eingebrochene

Eine neue Methode zur Bergung von Eingebrochenen könnte zukünftig Leben retten. Dabei wird eine Drohne eingesetzt. Die Vorgehensweise konnte nun im Zeller See vom Samariterbund Wasserrettung Zell am See getestet werden. Dabei transportierte die Drohne ein Rettungsboard zum „Verunglückten“. „Am Board ist



Foto: pixabay

eine Vorrichtung zum Halten angebracht. Dann geht die Drohne kurz auf Zug, und weil das Board an den Kanten abgerundet ist, kann es problemlos über die Eiskante herausgezogen werden“, erklärte der technische Leiter Andreas Hutter. Einige technische und rechtliche Fragen müssen jedoch noch geklärt werden.

## NEOS-KANDIDATIN SCHOCKT

## „Neutralität ist überholt!“

„Wir sind für ein Europa der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘“, bekannte die NEOS-Spitzenkandidatin Claudia Gamon unverblümt im Interview mit dem umstrittenen ORF-Anchorman Armin Wolf. Auf dessen Nachfrage erklärte Gamon außerdem: „Ja, die Neutralität ist überholt.“ „Neos-Chefin Beate Meinl-Reisin-



Foto: pixabay

## UNBEKANNTE STEHLEN 800 JAHRE ALTER MUMIE KOPF

Unbekannte haben in einer Kirche in Dublin den Schädel eines mumifizierten, mutmaßlichen Kreuzritters entwendet. Die Mumie soll rund 800 Jahre alt sein. Der Erzbischof von Dublin, Diarmuid Martin, zeigte sich über den Vorfall schockiert.



## ARBEITSLOSIGKEIT WEITER IM SINKFLUG DANK KONJUNKTUR

Auch im Februar sank die Zahl der Arbeitslosen in Österreich deutlich, nämlich um ganze 7,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Am Bau und unter 25-Jährigen gab es die stärksten Rückgänge. Die Zahl der offenen Stellen nahm zugleich zu.



## AUSTRALIER ANGELN KLEINEN „ALIEN-FISCH“ UND STAUNEN

Eine lila schimmernde, scheinbar augenlose und längliche Kreatur zogen Angler im australischen Shady Camp an Land. Was zuerst wie ein gruseliger Alien aussah, entpuppte sich dann als eine der unbekannteren Arten unter den Grundel-Fischen.



Fotos (3): pixabay

ger, aber auch ihr Wehrsprecher Douglas Hoyos müssen ihre Spitzenkandidatin wieder auf den Boden der Verfassung zurückholen“, empörte sich FPÖ-Wehrsprecher Reinhard E. Bösch. „Seit Jahren versuchen die Neos, eine vollkommene Entrechtung der einzelnen EU-Staaten zu erreichen“, warnt er zudem eindringlich.

## LANDWIRTSCHAFT IM SPANNUNGSFELD:

# Die Landwirtschaft zwischen Lebensmittelproduktion und Landschaftsgärtnerei

**Jeder braucht sie. Jeder glaubt sie zu verstehen. Jeder hat eine Meinung dazu. Kurzum: Landwirtschaft lässt keinen kalt. Doch das Wissen darüber reduziert sich in der Bevölkerung immer mehr. Absurde Forderungen von NGOs fallen daher auf fruchtbaren Boden.**

Hon. Univ.-Prof. DI Dr. Heinrich Wohlmeyer, ein Experte für internationalen Handel, erzählte dem „Freien Bauern“ von einem interessanten Gespräch mit einem ehemaligen US-Landwirtschaftsminister: „Für uns ist die Landwirtschaft ein unverzichtbarer Exportartikel, und wenn ihr Europäer eure Kulturlandschaft erhalten wollt, dann zahlt eure Bauern als Landschaftsgärtner, aber wir können alles billiger liefern.“ Im Agrar-Atlas, ein Produkt der Heinrich-Böll-Stiftung (parteinaher Stiftung von Bündnis 90/Die Grünen) und des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND, eine der größten Umwelt-NGOs Deutschlands) ist zu lesen: „Damit die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU gesellschaftlich akzeptiert wird, muss sie

Umwelt und Klima schützen, die Artenvielfalt erhalten, das Tierwohl verbessern und kleine und mittlere Betriebe fördern.“ Und tatsächlich: Von einer GAP-Periode zur nächsten werden die Ausgleichszahlungen, die den Bauern als Ausgleich für den Preisverfall im Zuge der Liberalisierung versprochen wurden, mehr und mehr an Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen gebunden.

### BODENVERSIEGELUNG

Umwelt und Klima: Laut Erhebungen der Weltbank hat sich die landwirtschaftlich genutzte Fläche in Österreich von 1961 bis 2013 von 49 Prozent auf 38 Prozent reduziert. In den letzten 10 Jahren wurden täglich durchschnittlich 20 Hektar versiegelt, europaweit sind es täglich etwa

240 Hektar! Doch NGOs geben der Landwirtschaft die Hauptschuld am Verlust von Biodiversität und dem Klimawandel. Greenpeace bezeichnet sie als „Klimakiller“. Die Kühe pupsen einfach zu viel! Ihre Forderung: Dem Weltklima zuliebe soll die europäische Landwirtschaft extensiver wirtschaften und auf Pflanzenschutzmittel verzichten. Die eigentliche Bedeutung der Landwirtschaft, die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln, wird in der Debatte ausgeklammert. Der Bevölkerung wird auch verschwiegen, dass diese Phantasien eine Erhöhung des Anteils der Haushaltsausgaben für Lebensmittel von derzeit 12 Prozent auf über 30 Prozent zur Folge haben könnte. „Je weiter entfernt von der Müh-



Foto: pixabay

sal des Nährstandes, desto rigider die Forderung nach mehr Naturschutz“, schreibt der Politologe Dr. Wolfgang Bok im Magazin „Cicero“, der das bayerische Artenschutz-Volksbegehren, das nun auch Umwelt-Landesrat Rudi Anschober kopiert, mit „modernem Ablasshandel“ gleichsetzt. „Werden unsere Bauern weiterhin durch überzogene, unwissenschaftliche Forderungen von wohlstandsverwöhnten Leuten im Namen des Umwelt- und Klimaschutzes zum Aufgeben gezwungen, dann werden stattdessen zukünftig mehr Lebensmittel aus Ländern importiert werden, für die der Umweltschutz kaum eine Bedeutung hat“, mahnt KR Ing. Franz Graf. Brisant ist in dieser Hinsicht die Entwicklung in der Transportbranche, die keine Einschränkung erfährt: Laut Statista wird sich der



### WELCHE LANDWIRTSCHAFT WOLLEN WIR?

„Wollen wir eine Landwirtschaft, die in der Lage ist, uns im Krisenfall auch zu ernähren oder wollen wir eine Landwirtschaft, die lediglich für den Tourismus eine gut vermarktete Idylle darstellt und den Landwirt zum Landschaftsgärtner degradiert?“, gibt KR Ing. Franz Graf (Bild) im Zuge der Umwelt- und Klimaschutzdebatte zu bedenken.

Foto: pixabay; Graf: FB



Luftfrachtverkehr bis 2036 mehr als verdoppeln und die Transportleistung der Seeschifffahrt soll sich bis 2050 mehr als vervierfachen!

Entfremdung: „Vor drei oder vier Jahrzehnten war jeder vierte Österreicher in erster oder zweiter Generation mit einem Landwirt verwandt. Heute ist es jeder vierzigste“, so erklärt sich der Sprecher der Landwirtschaftskammer Österreich, Joseph Siffert, die Entfremdung von der Landwirtschaft, die zunehmend zu

### FRAGWÜRDIGES URTEIL

Konflikten führt. Wie etwa der Fall in Tirol: Kürzlich wurde ein Landwirt erstinstanzlich zu einer Zahlung von 490.000 Euro verurteilt, da seine Kühe eine Touristin, die mit ihrem um die Hüften angeleiteten Hund auf einer Alm unterwegs war, tödlich

verletzt hatten. Warntafeln, die auf die Mutterkuhhaltung hinweisen, seien nicht ausreichend, so der Richter. So tragisch dieser Fall auch ist, zeigt er deutlich, wie ahnungslos viele Menschen in punkto Natur sind und dass auch die Eigenverantwortung zunehmend schwindet. Amerikanische Zustände machen sich breit in Europa! Die Bauern sind empört und verunsichert. Noch vor dem Sommer soll deshalb eine Versicherungslösung für Landwirte finalisiert werden. Wer die Kosten für die erhöhten Prämien tragen wird, blieb vorerst unklar.

Eigentum: Anders als im Wald, der seit 1975 zu Fuß für Erholungszwecke betreten werden darf, ist auf landwirtschaftlichen Flächen und Almen die Erlaubnis des Eigentümers erforderlich. Den boomenden Wandertouris-

mus duldet der Bauer, für ein gutes Miteinander mit dem Tourismus. Mit den Auswirkungen wird er allerdings allein gelassen. Müll auf Feldern, Wiesen und Almen. Hundekot, der schließlich im Grundfutter landet. Umweltschutz? Ja! Aber nur, wenn's einen nicht persönlich trifft! Neiddebatte: Die Landwirtschaft ist der einzige Politikbereich der EU, der vollständig vergemeinschaftet ist. Als einzige Berufsgruppe müssen sich die Bauern daher eine öffentliche Kostendeckung gefallen lassen. Würde es für die Wirtschaft ähnliche Transparenzdatenbanken geben, wäre ein Aufstand vermutlich das geringste Problem. Was verdrängt wird: Wenn alle Politikbereiche vergemeinschaftet wären, würde das Agrarbudget lediglich 0,3 Prozent des EU-Haushaltes ausmachen.

### WIRRE THESEN UND ABSURDE FORDERUNGEN VON NGOS

Greenpeace bezeichnete die Landwirtschaft als „Klimakiller“. Pupsen die Kühe zu viel? Werden Bauern weiterhin durch unwissenschaftliche Forderungen von wohlstandsverwöhnten Leuten im Namen des Klimaschutzes zum Aufgeben gezwungen?

Neiddebatten, die durch die mediale Berichterstattung der überwiegend sozialistischen Schreibstuben in regelmäßigen Abständen vom Zaun gebrochen werden, lassen die schwarzen Bauernfunktionäre in argumentative Schockstarre verfallen. Warum ist von diesen „starken Männern“ niemand in der Lage, den Bauernstand ordentlich zu verteidigen?

### HÄUSLICHE PFLEGE SOLL ATTRAKTIVER WERDEN

„Wir wollen mehr Angebot für eine bedarfsgerechte Betreuung in den eigenen vier Wänden schaffen. Das muss attraktiv und leistbar sein“, so FP-Klubobmann Herwig Mahr zur Schaffung von „Alternativen Wohnformen“ in der Altenbetreuung.



### BUND UNTERSTÜTZT LAWINENSCHUTZ IN OBERÖSTERREICH

„Die von Bundesministerin Köstinger in Ebensee zugesagte Unterstützung für den Lawinenschutz ist gerade für uns in Oberösterreich von großer Bedeutung“, so Landesrat Elmar Podgorschek zur Verbesserung des Schutzes der Einwohner.



### FAMILIENBONUS: HAIMBUCHNER SCHÜTZT FÖRDERUNGEN

Um zu verhindern, dass der neue „Familienbonus Plus“ Nachteile für Familien bei Förderungen verursacht, will LH-Stv. Manfred Haimbuchner „dass diese Entlastung sich nicht auf die Einkommensgrenzen bei Förderungen auswirkt.“



Fotos (3): pixabay

## LANDWIRTSCHAFTLICHE FACHSCHULEN BILDEN AUS:

# Mahr: Ausbildungsoffensive für Pflegeberufe beginnt

**Das Land OÖ geht gegen den Mangel in den Pflegeberufen vor. Anfang Februar wurde eine Verdoppelung der Ausbildungsplätze auf 1.080 angekündigt, nun folgt der nächste Schritt: Landwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen bilden zu Heimhilfen und Altenfachbetreuern aus.**

Dass Oberösterreichs Angebot an Ausbildungsplätzen in der Altenpflege heuer verdoppelt wird, ist für Klubobmann Herwig Mahr „weitgehend begrüßenswert“. Laut Sozialabteilung sollen heuer mithilfe von 1,6 Millionen Euro 1.080 Ausbildungsplätze in 36 unterschiedlichen Lehrgängen ermöglicht werden. „Die Maßnahmen sind notwendig, um die Betreuung auch in Zukunft abzusichern. Es müssen aber zusätzlich ausreichend Anreize geschaffen werden, damit die Nachfrage ebenso steigt. Allein die Ausbildungsplätze zu erhöhen, reicht nicht. Die Vervielfachung von Ausbildungsplätzen ist kein Allheilmittel“, fordert der freiheitliche Klubobmann, dass vor allem berufsbegleitende Varianten und Umschulungen forciert werden müssen. Daher kündigte Mahr nun auf einer Pressekonferenz gemeinsam mit Landeshauptmann Thomas Stelzer

an, dass die Landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen nun einen entsprechenden Ausbildungsabschluss anbieten. An sieben der 15 oberösterreichischen Landwirtschaftsschulen konnte man bisher schon den Ausbildungsschwerpunkt Gesundheit und soziale Pflege wählen. Allerdings war ein Abschluss zur Heimhilfe nicht möglich. Mit Einführung des dreijährigen Schwerpunkts werde dieses

Manko jetzt beseitigt. Zusätzlich wird an drei Landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen ein viertes Ausbildungsjahr eingeführt, um den Abschluss Fachsozialbetreuer mit Schwerpunkt Altenarbeit erlangen zu können. Das erweiterte Angebot startet bereits mit kommendem Schuljahr. Die Kosten für die zusätzlichen Lehrkräfte übernimmt das Land zu 100 Prozent.



FP-KLUBOBMANN  
HERWIG MAHR IST  
DIE ALTENPFLEGE EIN  
WICHTIGES ANLIEGEN

Foto: FPÖ/ÖO

## DAUERBELASTUNG GEHÖRT ANERKANNT:

# Franz Graf: Dank an die Helfer im Winterdienst

**Im Jänner sorgte der starke Schneefall für gefährliche Straßenslagen. Über 1.500 OÖ-Landwirte sorgten aber für die Straßenräumung im ländlichen Raum.**

„Ich will mich für das große Engagement der Landwirte und der freiwilligen Helfer im Winterdienst bedanken“, so der Obmann der Freiheitlichen Bauern OÖ, Ing. Franz Graf. Dem Einsatz der Landwirte und der vielen freiwilligen Helfer, sowie den Feuerwehren und dem Bundesheer sei

eine entsprechende Anerkennung zu geben. „Nicht nur der starke Schneefall sorgte für Herausforderungen bei der Räumung, sondern auch umgestürzte Bäume, Dächer unter Schneelast oder von der Straße gerutschte Autos stellen die Helfer unter Dauerbelastung. Ohne diesen Einsatz können Unwetterlagen oder gar Katastrophen nicht gemeistert werden. Daher sollte die Politik weitere Mechanismen etablieren, um die Helfer zu entlasten und zu fördern“, so Graf abschließend.



Foto: pixabay

## LAND OÖ ÜBERNIMMT KOSTEN:

# Wasserrettung versichert

„Auch für das Jahr 2019 werden wir wieder den Betrag für die Zusatzversicherung der 545 Mitglieder der Wasserrettung übernehmen“, erklärt Katastrophenschutz-Landesrat Elmar Podgorschek.

Die Mitglieder der Österreichischen Wasserrettung, Landesverband OÖ, werden seit 1982 in die Zusatzversicherung in der Un-



fallversicherung einbezogen. „Die Wasserrettung leistet neben den anderen Einsatz- und Hilfsorganisationen einen wertvollen Beitrag für die Sicherheit unserer Bevölkerung. Mit der Übernahme der Zusatzversicherung können wir zumindest teilweise unseren Dank ausdrücken“, so Podgorschek abschließend.

Foto: pixabay



LR ELMAR PODGORSCHKEK, LR GÜNTHER  
STEINKELLNER, MINISTER NORBERT HOFER  
UND LH-STV. MANFRED HAIMBUCHNER

## BRÜCKENBAUSTELLEN UND FUNKTIONÄRSINFORMATION:

# Minister Hofer besuchte Linz

**Im Rahmen eines Bundesländerbesuches besichtigte Bundesminister Norbert Hofer die Brückenbaustellen in Linz, um sich selbst ein Bild vom Baufortschritt zu machen.**

Linz weist mehr Arbeitsplätze als Einwohner auf. Dieser Arbeitsplatzüberschuss bringt eine hohe Pendlerquote aus den Umlandgemeinden mit sich. Durchschnittlich

rund 100.000 Fahrzeuge queren demnach täglich die Voestbrücke. „Mit dem Bau der Bypassbrücken links und rechts der bestehenden Donaubrücke verfolgen wir

ein klares Ziel. Dieses lautet mehr Verkehrssicherheit und zukünftig auch weniger Stau“, unterstreicht BM Ing. Norbert Hofer.

Die Bauarbeiten wurden am 8. Jänner 2018 plangemäß eingeleitet und liegen im Zeitplan. Zunächst wurden im Juni 2018 die Strompfeiler errichtet. Zwischenzeitlich konnten bereits erste Stahlbauteile angeliefert und montiert werden. Voraussichtlich bereits im Mai ist der erste Brückenschluss geschafft. Hier soll die donauaufwärts gebaute Brücke verbunden werden. Ein Abschluss der Errichtung der Bypassbrücken und damit auch die Verkehrsfreigabe erfolgt aus derzeitiger Sicht Mitte 2020. Die Sanierung der Bestandsbrücke ist nach Abstimmung mit dem Land OÖ für die Jahre 2022/2023 geplant.

„Mit der Inbetriebnahme der zukünftigen Brückenfamilie folgt auch gleichzeitig eine Entlastung der Verkehrsströme“, verdeutlicht Landesrat für Infrastruktur Mag. Günther Steinkellner. Sind die beiden neuen Brücken fertiggestellt, rollt nur noch der Durchzugsverkehr auf der Hauptbrücke. Die Gesamtkosten des Projekts betragen rund 180 Mio. Euro.



## GÜTERWEGE ALS LEBENSADERN IM LÄNDLICHEN RAUM:

# Güterwegenetz ausgebaut

Ein Landesbeitrag in Höhe von insgesamt 12,8 Mio. Euro ermöglicht Instandsetzungsarbeiten am ländlichen Wegenetz im Bereich der Wegeerhaltungsverbände Unteres Mühlviertel, Hausruckviertel, Oberes Mühlviertel, Eisenwurzen,

Alpenvorland und Innviertel. Die gesamte Finanzierung der anfallenden Arbeiten erfolgt auf Grund eines Aufteilungsschlüssels, einerseits aus Landesmitteln (Baureferat), andererseits durch die verbandsangehörigen Gemeinden.



## KOMMENTAR

Manfred Haimbuchner

## NATURA 2000 VERHANDELT

Das Projekt „Natura 2000“ wurde durch eine umsichtige Verhandlungsführung zu einem erfolgreichen und zufriedenstellenden Abschluss gebracht. Zur Erinnerung: Wegen Defiziten in der Umsetzung der Natura 2000-Vorgaben wurde im Jahr 2013 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich eingeleitet und in weiterer Folge wurde durch die Kommission das Gesamtpaket nochmals aufgeschärft. Bereits seit Jahren verhandeln die Bundesländer mit der EU-Kommission über die Nachnominierungen von Natura-2000-Gebieten. In zähen Verhandlungen wurde festgelegt, dass Lösungen im direkten Kontakt zwischen der Kommission und den Bundesländern zu erarbeiten sind. Oberösterreich hat durch die bereits erfolgten Nachnominierungen und die zusätzlichen Nominierungen von Natura 2000-Gebieten sowie durch ein gut angelegtes Schutzprojekt für den Luchs nun alle Anforderungen erfüllt.

Die Zahl der OÖ-Schutzgebiete hat sich seit dem Jahr 2013 mehr als verdoppelt. Im Jahr 2013 gab es 26, seither sind 27 neue Gebiete dazugekommen.

Um diesen Aufwand abzugelten und die breite Akzeptanz, welche der Naturschutz genießt, noch weiter zu festigen, schafft das Land Oberösterreich ein Förder- und Prämiemodell in Höhe von 562.000 Euro pro Jahr für landwirtschaftliche Betriebe, die Flächen gemäß den entsprechenden Bestimmungen bewirtschaften und dies dokumentieren.

POVYSIL: EINSTELLUNG DER FSME-IMPFAKTION HAT NICHTS MIT REFORM ZU TUN

# Die OÖGKK stellt FSME-Impfaktion ein



Foto: pixabay

„Die Einstellung der FSME-Impfaktion der OÖGKK ist im Sinne der Versicherten sehr bedauerlich, jedoch ist der Vorwurf eines Zusammenhanges mit der Reform der Sozialversicherungsträger zurückzuweisen.“

Mit diesen Worten kommentierte die freiheitliche Gesundheitssprecherin NAbg. Prim. Dr. Brigitte Povysil die Pläne der OÖGKK, ihre

FSME-Impfaktion aufgrund der Leistungsharmonisierung einzusparen.

„Die Oberösterreichische Gebietskrankenkasse hat ei-

genmächtig diese freiwillige Leistung, die mit einem Preis von 15 Euro pro Impfung für die Versicherten äußerst kostengünstig war, eingestellt. Dieser Schritt ist aber keinesfalls auf die in Umsetzung befindliche Reform der Sozialversicherungsträger zurückzuführen, sondern war

eine selbstständige Entscheidung der Gremien der OÖGKK“, betonte Povysil.

„Es scheint fast so, als würde immer wieder versucht werden, mit solchen Fehlmeldungen die Reform der Sozialversicherungsträger zu konterkarieren und die Bevölkerung damit bewusst zu verunsichern. Fakt ist aber, dass wir mit der Reorganisation der Sozialversicherungen ein schlankeres System schaffen. Dadurch werden Mittel aus dem Bereich der Verwaltung frei, die dann direkt dem Patienten in Form von Leistungen zugutekommen. Die vorgesehenen Leistungsharmonisierungen sollen Gerechtigkeit im Sinne der Versicherten schaffen und eben nicht zu einer Schlechterstellung führen. Warum solche Impfaktionen, wie jene der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse jetzt nicht mehr möglich sein sollten, ist auf jeden Fall nicht erklärlich“, so Povysil.



BAD LEONFELDEN:

## OÖ Schulmuseum öffnet wieder

Das OÖ Schulmuseum Bad Leonfelden ist im ehemaligen Pfarrschulhaus der Gemeinde untergebracht. Das Gebäude ist die älteste in Oberösterreich noch erhaltene Pfarrschule. Sie wurde im Jahr 1577 gegründet und bis 1850 als Schule genutzt. Im Urzustand noch erhalten sind der Klassenraum, die sanitäre Ausstattung und der Schulkarzer.

Ab dem 01. April kann das Museum besichtigt werden. Infos: ooeschulmuseum.at

Foto: pixabay

GEMEINDERAT VON VORDERSTODER GIBT GRÜNES LICHT:

## Vorder- und Hinterstoder wollen ein gemeinsames Skigebiet verwirklichen

Der Gemeinderat Vorderstoder hat den Grundstein gelegt: Es wurde über den ersten Schritt zur Verbindung mit dem Skigebiet in Hinterstoder entschieden.

Es sollen drei neue Pisten und Lifтанlagen, sowie Hotel- und Parkflächen im Gebirgsdorf entstehen. Nachdem die Hinterstoder-Wurzeralm-Bergbahnen das Projekt dem Gemeinderat in Vorderstoder erstmals präsentierten, musste dieser nun über die Einleitung eines Verfahrens zur Änderung des Flächenwidmungsplanes abstimmen. Mit sieben zu vier Stimmen wurde grünes Licht erteilt. Für die Verbin-

dung der beiden Skigebiete soll im ehemaligen Skigebiet der Hackl-Lifte in Vorderstoder eine Talstation samt Kabinenbahn, Park- und Hotelflächen entstehen.

Zwei weitere Bahnen, über die Skifahrer auch die Edtbauernalm auf der Höss erreichen können, ein Schlepplift und drei neue Pisten sind in Planung. Eingebunden sind die Gebiete der Steyrerbergerreith, das Rottal und die „Schling“, zu der eine 1,5 Kilometer lange, anspruchsvolle Piste führen soll.

Die Kosten sollen sich auf 45 Millionen Euro belaufen. Die Verbindung nach Vorderstoder steht seit fast 20 Jahren im örtlichen Entwicklungsplan von Vorder- und Hinterstoder. Zudem ist auch noch eine Strategische Umweltprüfung in Vorbereitung.



Foto: pixabay

## GUTES AUS DER ÖSTERREICHISCHEN KÜCHE



## Osterpinze

**Zutaten:**

500 g Mehl  
1 Pk Hefe  
1 Prise Salz  
100 g Zucker  
2 Stk Eier  
1 Pk Vanillezucker  
120 ml Milch  
100 g Butter (zerlassen)  
50 g Rosinen

**Zubereitung:**

- Zuerst einen Vorteig aus Germ, Zucker, etwas (ca. 100ml) lauwarmen Milch und 1-2 EL Mehl anrühren.
- Alle trockenen Zutaten (Mehl, Salz, Vanillezucker und Rosinen) in die Teigschüssel geben und vermischen, dann geriebene Zitronenschale und die Eier dazugeben.
- Vorteig, wenn er aufgegangen ist, in die Teigschüssel geben.
- Die restliche Milch mit Butter lauwarm erwärmen und anschließend zum Teig geben.
- Teig in der Küchenmaschine solange kneten, bis er Blasen wirft.
- Teig zugedeckt rasten lassen, bis er das doppelte Volumen erreicht hat.



- Nach dem Rasten den Teig mit der Hand gut durchkneten, damit keine Luftblasen im Gebäck sind.
- Drei gleichgroße Teigstücke formen und in eine runde Backform geben. Mit einer Schere kreuzweise jedes Teigstück oben einschneiden (Eventuell auch nur ein großes Teigstück in der Mitte einschneiden) und mit Ei bestreichen.
- Im vorgeheizten Rohr bei ungefähr 220 °C (Heißluft ca. 180 °C) ca. 35 Minuten backen. Das Gebäck ist fertig gebacken, wenn es beim Klopfen hohl klingt (Klopfprobe).

## INNVIERTLER BIERMÄRZ STARTET WIEDER

Vom 1. bis 31. März findet wieder der beliebte Innviertler Biermärz statt mit zahlreichen Veranstaltungen und Verkostungen. Heuer zelebriert das Innviertel den Biermärz mit der unglaublichen Vielfalt von rund neunzig Sorten. Infos: [biermaerz.at](http://biermaerz.at)



## NACHTWÄCHTERRUNDGANG IN GRIESKIRCHEN

Auch in Grieskirchen gibt es die beliebten Nachtwächterrundgänge. Der Hüter der Finsternis erzählt Schauriges und Kurioses aus der Stadt der Polheimer und Jörger im Landl.

Am 1.3. und 5.4.  
Anmeldung unter 0676-7718185.



## FASCHINGSSITZUNG IN BAD GOISERN

Fasching-Begeisterte sollten die Goiserer Faschings-sitzungen besuchen. Sketches, deftige Parodien sowie flotte Turn- und Tanzeinlagen garantieren ein abwechslungsreiches Programm. Am 1.3 und am 4.3. Uhr im Festsaal Bad Goisern.



Foto Hintergrund: pixabay, Pinze: Wikimedia, Luthalies CC BY-SA 4.0

Fotos (3): pixabay

## KLINGENDES UNESCO-WELTKULTURERBE:

## Innviertler Landler

Im Jahre 2013 wurde der Innviertler Landler in die Liste des immateriellen UNESCO-Kulturerbes aufgenommen. Die Geschichte des Innviertler Ländlers ist untrennbar mit den Innviertler Zechen verbunden. Diese waren ursprünglich bäuerliche Burschenkammeradschaften, die im Zechentanz künstlerische Leistungen



hervorbrachten. Die Melodie, der spezielle, angehängte Jodler („Almer“) und der „verzogene“ Rhythmus im ¾-Takt machen den Innviertler Landler zu einer spezifischen Spielform innerhalb der österreichischen Ländlerfamilie. Die Innviertler Zechen sind auch heute noch wichtige Träger dieses Brauchtumes.

Foto: pixabay

## BEGINN DER FASTENZEIT:

## Warum Aschermittwoch?

Mit dem Aschermittwoch beginnt die circa sechs Wochen dauernde österliche Fastenzeit. In der katholischen Kirche zeichnet der Priester den Gläubigen ein Kreuz aus gesegneter Asche auf die Stirn, als Zeichen für Vergänglichkeit und Buße. Für die Asche werden die verbrannten Zweige des Palmbuschens aus dem Vorjahr



Foto: pixabay

verwendet. Wie der Karfreitag gilt der Aschermittwoch auch heute noch als strenger Fasttag, traditionell sind Heringe und Brezen die typischen Fastenspeisen. Das Fischessen am Aschermittwoch wird heute allerdings häufig zu einem besonderen Ereignis stilisiert, so dass von Fasten nicht viel zu bemerken ist.

## FLEISCHSKANDAL IN POLEN:

# Herkunftskennzeichnung ist wichtig für die Information der Konsumenten

**In Betrieben in Polen wurden kranke Rinder geschlachtet und das Fleisch dann in der EU verkauft. Durchgehende Herkunftskennzeichnung muss her!**

Die EU-Kommission hat wegen des Fleischskandals auf einem Schlachthof in Polen Ermittlungen eingeleitet. Etwa 9,5 Tonnen Fleisch seien in Umlauf gelangt, ein Drittel davon ins EU-Ausland. Das Fleisch werde zurückverfolgt und vom Markt genommen. Mindestens 13 Länder sind betroffen, Österreich wurde nicht genannt. Laut EU-Kommission sind nach bisherigem Stand außer Polen auch Deutschland, Frankreich, Spanien, Estland, Finnland, Ungarn, Lettland, Litauen, Rumäni-

en, die Slowakei, Schweden und Portugal betroffen. Geschlachtet wurden die kranken Tiere heimlich in der Nacht, als es keine veterinärmedizinische Kontrolle gab. Aufgedeckt hatte den Skandal ein Reporter, der sich über Monate als Arbeiter in der Fabrik eingeschleust hatte. Die Dunkelziffer dürfte also vermutlich noch höher liegen, als bekannt. Für den Obmann der Freiheitlichen Bauern OÖ, Ing.

Franz Graf, ist klar: „Solche Skandale zeigen die Wichtigkeit einer durchgehenden Herkunftskennzeichnung, damit der Konsument auf einen Blick erkennen kann, woher das Fleisch stammt. Der Konsument muss also die Möglichkeit haben zu entscheiden, ob er zu geringerer Qualität greift, oder lieber hochwertige heimische Produkte kauft.“ Es sei dies zwar nicht die einzige Lehre aus dem polnischen Fleisch-

skandal, zeige aber, dass es immer noch viele EU-Länder gebe, die auf einem geringeren Qualitätsniveau als Österreich produzieren. „Der Konsument muss also die Chance haben, Produkte mit einem niedrigeren Qualitätsstandard sofort im Regal zu erkennen“, so Graf weiter.



## PARTEIPOLITISCHES

# Ökostrom-tausende

**Im Bundesrat verhinderte die SPÖ die Verlängerung des Ökostromgesetzes, welches sie – noch als Regierungspartei – maßgeblich mitgestaltet hat. Opposition heißt offenbar für die Genossen, gegen alles zu sein – auch gegen 6.400 Arbeitsplätze.**

Erstmals in seiner Geschichte brachte der Bundesrat ein Gesetz zu Fall – und dann gleich eines, das für die heimische Wirtschaft in vielerlei Hinsicht wichtig gewesen wäre. Die geplante Verlängerung der Förderungen von Biomassekraftwerken kommt zunächst nicht. Das Gesetz hätte eine Verlängerung der bestehenden Bestimmungen bedeutet. Die Verlängerung würde 47 österreichischen Biomasse-Kraftwerken das Überleben sichern und den Forstwirten einen Absatz etwa für Schadh Holz sichern. Warum die SPÖ nicht zugestimmt hat, ist nicht nachvollziehbar, da sie noch vor kurzer Zeit als Regierungspartei genau dem wortgleichen Gesetz zugestimmt hat. Der Verdacht der bloßen Op-

## DIE VERSTECKTEN KÄFIGEIER IN UNSEREN PRODUKTEN

Österreich verzichtet zum Ende des Jahres vollständig auf die Käfighaltung von Legehennen. Trotzdem gibt es dann immer noch Käfigeier. Jedes zweite konsumierte Ei stammt aus verarbeiteten Produkten – Haltung zumeist unbekannt.



## BÜRGERINITIATIVE GEGEN WINDRÄDER IM WALD

Acht Bürgerinitiativen aus dem Waldviertel fordern einen sofortigen Ausbausepp von Windkraftanlagen in den Wäldern. Sie sehen den Natur- und Vogelschutz gefährdet. Im Waldviertel laufen derzeit sieben Genehmigungsverfahren.



## TIROLER GERICHT FÄLLT UMSTRITTENES URTEIL:

# Das „Kuh-Urteil“ sorgt für Unverständnis bei Bauern

**Ein Tiroler Bauer wurde in erster Instanz zu einer Geldstrafe von 490.000 Euro verurteilt. Eine Ur- lauberin wurde von Mutterkühen attackiert.**

Die Wanderin war mit ihrem Hund auf der Alm unterwegs, wodurch sich die Kühe bedroht fühlten und angriffen. Nach einem strafrechtlichen Freispruch wurde der betroffene Bauer nun nach einem mehrjährigen Zivilrechtsprozess erstinstanzlich schuldig gesprochen.

An dem nicht rechtskräftigen Urteil hagelte es Kritik. Man sieht ein „zukunftsgefährdendes Urteil“

für die Almwirtschaft. Erste Almbauern zogen bereits Konsequenzen und erließen für Wanderwege, die über ihren Grund führen, ein Betretungsverbot. Als nächsten Schritt wird auch ein Hundeverbot auf Almen in den Raum gestellt.

„Aus meiner Sicht sind die Reaktionen der Bauern verständlich, denn diese wollen mit ihrer Almwirtschaft nicht die Kulisse für die Gäste schaffen, um dann das Risiko zu tragen, bei Unfällen mit Schadenersatzforderungen konfrontiert zu sein“, so der Obmann der Freiheitlichen Bauern OÖ, Ing. Franz Graf.





ÖVP-Umweltministerin Elisabeth Köstinger sprach von einem „schwarzen Tag“ für die Biomasse und die Ökostrom-Erzeugung in Österreich

Foto: BMNT, Paul Gruber

## KLEINGELD IM BUNDESRAT GELÖST:

# Novelle: Der SPÖ sind Arbeitsplätze egal

position um der Opposition willen, auf Kosten von 6.400 Arbeitsplätzen, drängt sich geradezu auf! Naturgemäß hagelte es Kritik nach der Ablehnung der Genossen. ÖVP-Umweltministerin Elisabeth Köstinger sprach von einem „schwarzen Tag“ für die Biomasse und die Ökostrom-Erzeugung in Österreich. Sie sei „entsetzt, dass die SPÖ tatsächlich Parteitaktik vor Ökostrom, vor Biomasse, vor Arbeitsplätze und vor Klimaschutz gestellt hat. Diese Ablehnung bedeu-

## HARTE KRITIK AN SPÖ

tet auch, dass die SPÖ dafür verantwortlich ist, wenn mehr Atom- oder Kohlestrom nach Österreich importiert werden muss.“ Der FPÖ-Agrarsprecher Maximilian Linder wirft der SPÖ vor, sie habe sich mit ihrem Veto „ganz eindeutig gegen den Klima- und Umweltschutz und die betroffenen Bauern gestellt. Die SPÖ bringt damit tausende Arbeitsplätze in Forstwirtschaft, Heizanlagen und Holzverarbeitenden Betrie-

ben in Gefahr.“ FPÖ-Umweltsprecher Walter Rauch kommentierte: „Die SPÖ nimmt alles und jeden zur Zielscheibe, um ihre regierungsfeindliche Linie durchzuziehen. Diese Vorgehensweise ist schändlich und ein Angriff auf Landwirte, Mensch und Umwelt. Wer derartige umweltfördernde Maßnahmen abdrehet, dreht Atom- und Kohlestrom aus dem Ausland auf.“ Doch nicht nur aus der Politik gab es Kritik für die angeschlagene SPÖ, auch aus der Forst- und Holzwirtschaft erntete man Unverständnis. „Besorgt“ äußerte sich etwa Felix Montecuccoli, Präsident der Land&Forst Betriebe Österreich. „Mit dieser Entscheidung gegen grüne Energiequellen macht Österreich im Kampf gegen den Klimawandel nun leider einen großen Schritt zurück“, schreibt er. Die ÖVP/FPÖ-Bundesregierung wird nach der Ablehnung durch die SPÖ im Bundesrat nun einen anderen Weg finden, um den Ökostrom zu erhalten, wie Ministerin Köstinger ankündigte.

Foto: pixabay

## CHINESEN KÄMPFEN GEGEN ASP:

# Die Schweinepest in China

Im August 2018 wurden die ersten Fälle der Afrikanischen Schweinepest (ASP) gemeldet. Bis Ende Jänner 2019 wurden mehr als 850.000 Schweine gekeult.

Mehr als 26 Provinzen sollen von der Schweinepest betroffen sein. Die Zahl der ASP-Ausbrüche ist damit auf 106 angestiegen. Die Produktion konzentriert sich auf die nördlichen und westlichen Regionen mit Mais- und Sojaanbau. Gemessen an einer Jahreserzeugung von mehr als 700 Mio. Schweinen sind die bisher offiziell getöteten 850.000 Tiere vernachlässig-

bar klein (unter 0,01 %) für die Versorgungslage. Kritischer ist hingegen, dass aus Furcht vor der ASP zunehmend Sau-

en geschlachtet werden. Diese Entwicklung wird im weiteren Verlauf des Jahres 2019 zu einem geringeren Ferkel-, Schlachtschweine- und Schweinefleischaufkommen führen. Bei wenig verminderter Nachfrage baut sich ein wachsendes Defizit auf, das durch steigende Importe ausgeglichen werden soll. Sollte die chinesische Schweinefleischerzeugung um drei Prozent zurückgehen und der Fehlbedarf ausgeglichen werden, sind zusätzliche 3 Mio. Tonnen Importe erforderlich. Das bisherige Handelsvolumen bei Schweinefleisch beträgt



etwas über 8 Mio. Tonnen. Eine solche Steigerung wird den internationalen Markt stark beeinflussen.



## STATT GLYPHOSAT:

# Bio-Unkraut-Vernichter in Sicht?

Cyanobakterien, enthalten etwa in Blaualgen, produzieren einen bestimmten Zucker. Per Zufall haben Tübinger Wissenschaftler herausgefunden, dass dieser Zucker Bakterien, Pilze und Pflanzen tötet. Die Forscher hofften auf eine mögliche natürliche Alternative zu Glyphosat. Es sind aber laut Wissenschaftlern noch viele weitere Versuche notwendig, um den Bio-Unkrautvernichter vielleicht irgendwann zur Marktreife zu bringen. Derzeit ist er noch keine echte Alternative.

Foto: pixabay

## GEMÜSEBAU: STREIT MIT TIEFKÜHLINDUSTRIE

Schon seit Jahren fällt der Preis bei Tiefkühlgemüse. Trockenheit sowie Bewässerungsmaßnahmen stellen die Produzenten zusätzlich vor Mehrkosten. Jetzt kommen noch schwierige Preisverhandlungen mit den Gemüsebauern dazu.



## EDEKA SÜDWEST STELLT AUF EUROPÄISCHES SOJA UM

Jährlich werden 40 Mio. Tonnen Soja nach Europa importiert – der Großteil davon ist gentechnisch verändert. Der Verein Donau Soja setzt sich für GVO-frei hergestelltes Soja ein. Der Erfolg: Edeka Südwest stellt auf europäisches Soja um.



Fotos (2): pixabay



Foto: pixabay

**MISCHLINGE ZWISCHEN WOLF UND HUND WERDEN VERSCHWIEGEN:**

## Hybridenfrage: Wolf, oder nicht Wolf?

**Der Wolf ist in den letzten Jahren das Liebling vieler Naturschützer geworden. Bisweilen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass dem Wolf unbedingt ein Lebensraum zugestanden werden soll. In Deutschland wurde nun aber offiziell bestätigt, dass es sich bei vielen Wölfen um Hybriden zwischen Wolf und Hund handelt.**

Es zeigt sich also, dass die Wolfsiebe, die viele NGOs an den Tag legen, von den eigentlichen Fakten abweicht. Auch die offiziellen Umweltbehörden in Frankreich, in der Schweiz und in Deutschland haben immer behauptet, dass die Wolfspopulationen aus reinen Wölfen bestehen. Sie haben sich aber stets geweigert, Einblick in ihre Analysedatenbank und ihre Vergleichs-Referenzdaten zu geben. Der Grund für diese strenge Vertraulichkeit der DNA-Analyse-Ergebnisse in diesen Ländern ist vermutlich die treibende Kraft verschiedener NGOs in ganz Europa. Das Ziel dieser NGOs scheint es zu sein, die Verbreitung des Wolfes in Europa mit allen Mitteln zu fördern. Sie haben daher auch kein Interesse an der Erkennung von

Hybriden. Hybride sind nicht durch die Naturschutzgesetze geschützt.

Aufgrund der auffallenden „Geheimhaltung“ bei der genetischen Untersuchung

### 60 PROZENT HYBRIDE

der Wölfe, haben diverse betroffene französische und deutsche Viehalter auf eigene Kosten DNA-Analysen von Speichel, Haaren und Exkrementen nach Wolfrissen machen lassen. Die Ergebnisse des Instituts „ForGen“, die bereits seit November 2017 bekannt sind, zeigen eine signifikante Hybridisierung im Ausmaß von über 60 Prozent von europäischen Wölfen mit Hunden. Die Schwierigkeit, die Ergebnisse auszuwerten, hängt aber vor allem von der Referenzdatenbank ab,

mit der man die genetischen Ergebnisse vergleicht. Nicht zuletzt deshalb fordern auch in Österreich inzwischen verschiedene Experten die volle Transparenz hinsichtlich der tatsächlichen Vorkommen von Wölfen sowie der wissenschaftlichen Methodik der Untersuchungen und Schadensbegutachtungen, des Hybridisierungsgrades und der Gensequenzen.

Die Verteidigungsstrategie der „Wolfslobby“ auf die Untersuchungsergebnisse von „ForGen“ ist indes so einfach, wie durchschaubar. Zunächst behauptete man, es handele sich um „unwissenschaftliche“ Ergebnisse, weil die Probeentnahme der Vie-

### PROBEN VERFÄLSCHT?

halter angeblich kontaminiert sei. Das erklärt aber nicht, wie die Hunde-DNA dann auf den „Wolfsriss“ kam. Später zog man sich auf den Standpunkt zurück, dass es doch vereinzelt Wolfs-Hund-Hybriden gäbe, die „natürlich

aus der Natur entnommen werden müssten“, da sie die Genetik der Wolfspopulationen gefährden würden.

Auch die ursprünglichen Angaben der Behörden, dass es sich bei der Mehrzahl der Tiere um reinrassige Wölfe handeln soll, ist in hohem Maße unwahrscheinlich: Die Tiere leben in unserer Kulturlandschaft und haben ständig Kontakt mit Haushunden. Eine Kreuzung ist zudem – optisch – nicht immer als solche zu erkennen. Jeder Wolfshybrid stellt prinzipiell eine höhere Gefahr für Menschen, Nutz- und Haustiere dar, da diese aufgrund ihrer Genetik ein anderes Verhalten aufweisen.

Die hitzige Diskussion um die Hybridisierung des europäischen Wolfes fügt sich jedenfalls nahtlos in die übrige Politik um den Wolf ein: Insgesamt scheint die Wolfspolitik eher auf einer abenteuerlichen Religion, als auf zeitgemäßen wissenschaftlichen Erkenntnissen zu beruhen.

## DER JÄGER ALS HEGER UND PFLERGER IN DER ÖFFENTLICHKEIT:

# Rehwildfütterung im Winter – ein heißes Eisen, das keiner gerne angreift

**Der anhaltende Schneefall im Jänner sorgte für mediale Berichterstattung über Rehwild, das vom Hungertod bedroht sei. Die Fütterung von Rehwild in der Notzeit ist aber auch in Jägerkreisen seit Jahren umstritten, obwohl im Jagdgesetz vorgeschrieben. Doch ist das Füttern von Wildtieren wirklich sinnvoll? Was spricht dafür – was dagegen?**

Wildtiere sind Überlebenskünstler. Im Winter ruht die Natur und Nahrung ist nur wenig vorhanden. Die Wildtiere müssen darum Energie sparen. Mit den ersten Schneefällen wandern Rehe und Rotwild in einen störungsarmen Winterzustand. Der Tagesrhythmus wird angepasst und reduziert. Das Schalenwild vermindert seine Aktivität auf ein Minimum. Es reduziert den Stoffwechsel, senkt seine Körpertemperatur und den Puls und passt seine Verdauungstätigkeit an. Die im Sommer angefressenen Fettreserven helfen beim Überwintern. Schwache Stücke sterben in harten Wintern, wodurch eine Selektion stattfindet. So wäre der Kreislauf in unberührter Natur. In unserer Kulturlandschaft hingegen gibt es nur wenige Flächen, auf denen das Wild noch gänzlich ungestört ist. Bei der Abwägung des Für und Wider der Winterfüt-

terung kann es – unabhängig von gesetzlichen Vorgaben – kein allgemeines Rezept geben. Zu unterschiedlich sind die verschiedenen Habitate. Als Argumente für eine Rehwildfütterung werden zumeist genannt: Vermeidung von Tierleid, Verringerung von Fallwildverlusten, Verbesserung der Widerstandsfähigkeit des Wildes, Ersatz für verlorenen gegangene Winterlebensräume, räumliche Lenkung des Wildes, um etwa Aufforstungsflächen vor Verbiss zu schützen, bessere Beobachtbarkeit des Wildes, der Wunsch, jagdlich bevorzugten Wildarten in kargen Zeiten „Gutes zu tun“ und die Weiterführung des öffentlichen Bildes des Jägers als

„Heger und Pfleger“. Als Argumente gegen die Fütterung werden zumeist angeführt: künstlicher menschlicher Eingriff in ein natürliches Ökosystem und in eine natürliche Lebensgemeinschaft, Ausschalten der natürlichen Selektion, Erhaltung einer vermehrten Anzahl schwacher Tiere, Einbringen regionsfremder Futtermittel in das Ökosystem (z. B. Sesam, Soja), Abhängigmachen des Wildes vom Menschen („Verhausschweinung“), Fütterung als Revier-Egoismus, also Streben nach Trophäenmaximierung oder höheren Jagdstrecken, erhöhtes

Risiko der Krankheitsübertragung durch übermäßige Wild- und Losungskonzentration an den Futterplätzen, Auslösen von Wildschäden, Auslösen von Tierleid durch Fütterungsfehler, hohe Fehleranfälligkeit der Fütterung in vielerlei Hinsicht (wie Standort, Futtermittelart, -menge und -qualität, Fütterungstechnik), hoher Aufwand bei erheblichen Risiken und begrenzten Erfolgsaussichten und nicht zuletzt die ethische Problematik, wenn Futtermittel verwendet werden, die in Entwicklungsländern Grundnahrungsmittel für die Bevölkerung darstellen.



Foto: Wikimedia, Sylvouille, CC-BY-SA 1.0

## EINFALLSREICHER FÖRSTER JAGT HOLZDIEBE:

## GPS gegen Holzdiebstahl

Ein Förster aus Hessen ist mit einer Idee erfolgreich gegen Holzdiebe vorgegangen: er befestigte GPS-Sender unter der Baumrinde der Bloche. Der Revierförster Björn Brandau bastelte einen Sender, der nur so groß wie eine Zündholzschachtel ist. Sobald sich der GPS-Sender außerhalb eines bestimmten Gebietes bewegt, be-



kommt er eine Nachricht auf sein Handy und kann auf einer Karte verfolgen, wo sich der Sender gerade befindet. „Bisher wurden die Diebe so gut wie nie bestraft, weil wir den Diebstahl nicht beweisen konnten. Auch die Bilder von Wildkameras sind vor Gericht nicht zugelassen, weil der Wald öffentlicher Raum ist“, so Brandau.

Foto: pixabay

## KEINE RUHE FÜR WALDBESITZER:

## Schnebruch und Käfer

Die vergangenen Monate stellten die Wälder auf eine harte Belastungsprobe: Erst die Trockenheit mit dem Appetit des Borkenkäfers und dann der Schneedruck. Gegenüber der Forstzeitung sieht Johannes Wall, Leiter der Abteilung Forst und Bioenergie bei der LK OÖ, aber keinen Zusammenhang zwischen den Schäden durch



den Borkenkäfer und dem Schneedruck. „Der Schnebruch hat vor allem dort zuge schlagen, wo schon davor der Niederschlag besser war“, so Wall. Geschätzt werden die Schnebruchschäden in OÖ auf weitere 200.000 Festmeter, die zu dem Käferholz hinzukommen. Bilanz: 1,5 Millionen Festmeter Schadh Holz bisher.

Foto: pixabay



△ Müssen die Franzosen nicht Aufgegessenes bald mit nach-hause nehmen?

Bei den Tschechen ist die Verschwendung auch im Unterricht Thema ▷

Foto: pixabay

## VERSCHIEDENE EUROPÄISCHE LÄNDER GEHEN NUN GESETZLICH

# Lebensmittel: Die ersten Gesetze

**1,3 Milliarden Tonnen Lebensmittel werden im Jahr weggeworfen. Das ist rund ein Drittel aller weltweit produzierten Lebensmittel. Österreichische Haushalte werfen bis zu 157.000 Tonnen an angebrochenen und original verpackten Lebensmitteln weg.**

Gegen diese Entwicklung versuchen bisher vier europäische Länder vorzugehen – Frankreich, Italien, Belgien und die Tschechei. Alle drei Länder verboten den Supermärkten, Lebensmittel wegzuworfen, die noch konsumierbar wären. In der Tschechei müssen Supermärkte unverkäufliche Ware an wohltätige Organisationen spenden. Gegen das Gesetz wurde erfolglos vor dem Verfassungsgericht geklagt, dieses hat die Regelung aber für rechtens erklärt. Die Regelung sei kein Eingriff in die Eigentumsrechte, sondern vielmehr ein Teil der internationalen Bemühungen, Lebensmittelabfälle zu

reduzieren, so das Gericht. Das Gesetz gilt für Lebensmittelgeschäfte, die eine Verkaufsfläche von mehr als 400 Quadratmetern haben. Diese Märkte werden verpflichtet, ein Abkommen für Lebensmittelspenden mit einer karitativen Organisation zu schließen. In der Schule soll zudem Unterricht gegen die Verschwendung von Lebensmitteln in den Lehrplan aufgenommen werden.

### SCHULE KLÄRT AUF

Es geht es dabei um noch nicht abgelaufene Lebensmittel, die „aus welchen Gründen auch immer“ aus dem Verkauf genommen

wurden. Lebensmittel mit abgelaufenem Mindesthaltbarkeitsdatum fallen nicht unter die Regelung. Falls die Supermärkte gegen das Gesetz verstoßen, droht eine Geldstrafe von bis zu 391.000 Euro. Großes Vorbild für das tschechische Gesetz ist dabei Frankreich.

Frankreich verbietet den Geschäften schon seit 2016, Lebensmittel wegzuworfen. Hier geht das Gesetz sogar noch weiter: Die Supermärkte müssen alle nicht verkauften oder unverkäuflichen Lebensmittel entweder für wohltätige Zwecke spenden oder als Tierfutter bzw. als Kompost der Landwirtschaft zur Verfügung stellen. Auch

Italien geht gesetzlich gegen Lebensmittelverschwendung vor – und zwar mit Steuererleichterungen für Supermärkte.

Der Handel in Frankreich kritisierte, dass die Maßnahmen ihr Ziel verfehlten, denn der Großhandel sei lediglich für fünf Prozent der verschwendeten Lebensmittel verant-

### SPENDEN

wortlich. Zudem sei der Großhandel bereits jetzt der größte Spender und arbeite eng mit Hilfsorganisationen zusammen. Das weitaus größere Problem seien die Konsumenten, die jährlich im Durchschnitt bis zu 30 Kilo noch genießbare Lebensmittel wegwerfen würden. Die französische Politik konterte Kritik damit, dass es sich hierbei nur um einen Punkt eines umfassenden Maßnahmenpaketes handle, dessen



Foto: pixabay



Foto: pixabay



Foto: pixabay

OFT WIRD DAS MINDESTHALTBARKEITSDATUM MIT DEM VERFALLSDATUM VERWECHSELT. SO LANDE ZUSÄTZLICH OFT NOCH GENIESSBARE LEBENSMITTEL IM MÜLL.

GEGEN DIE LEBENSMITTELVERSCHWENDUNG VOR:

# gegen die Wegwerfgesellschaft

Ziel es sei, bis 2025 die Verschwendung zu halbieren. Die Regierung unterbreitete mehr als 40 Vorschläge, um die Lebensmittelverschwendung einzudämmen. Einer der Vorschläge lautete etwa, dass Franzosen in Restaurants nicht verzehrtes Essen mitnehmen sollen. Würde der Verlust der Nahrungsmittel insgesamt eingedämmt, könnten auch die Preise sinken, hieß es von der französischen Regierung. Auch die karitativen Organisationen in Frankreich sehen die Auswirkungen des Gesetzes im Rückblick der letzten drei Jahre eher positiv. Insgesamt erhalte das Netzwerk aus 5.000 Tafeln jetzt fast die Hälfte aller Spenden direkt von Lebensmittelläden. Dabei liegt Frankreich bei der Lebensmittelverschwendung sogar noch im unteren Feld der westlichen Länder. Während die UN die Lebens-

mittelverschwendung von Verbrauchern im Süden von Afrika und in Südasien auf 6–11 Kilo pro Jahr schätzen, werden in Europa und Nordamerika pro Jahr 95–115 Kilo weggeworfen. Laut einer Studie der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) aus dem Jahr 2011 gehen in den Industrieländern die Lebensmittel zu über 40 Prozent im Handel sowie bei den Konsumenten verloren – Tendenz steigend. Überwiegend werden essbare Lebensmittel weggeworfen. Die Gründe dafür liegen einerseits in der mangelnden Abstimmung zwischen den einzelnen Handelsstufen und andererseits in den Konsum-

**OPTISCHE GRÜNDE**

gewohnheiten. Viele Lebensmittel werden weggeworfen, weil sie in Form und Aus-

sehen nicht der erwarteten Norm entsprechen. Fehlende Einkaufsplanung oder übertriebene Vorsicht bei Haltbarkeitsdaten werden in der FAO-Studie ebenso genannt. Oft wird zudem mehr eingekauft, als tatsächlich benötigt wird. Durch geschickte Vorratsplanung könnte der Verschwendung entgegengewirkt werden.

**UND ÖSTERREICH?**

In der österreichischen Politik hofft man aber eher auf Freiwilligkeit und Prävention, als dass man mit Gesetzen reagieren wollte. Rund 16.000 Tonnen Lebensmittel wurden im Jahr 2017 von Handel und Produktionsbetrieben in Österreich an karitative Einrichtungen gespendet - davon knapp 9.000 Tonnen vom Handel. Die Zahl steigt seit Jahren stetig an.



**LEBENSMITTELVERLUST:**

## Die Situation in Österreich

Österreichs Supermärkte werfen jährlich (Stand 2016) 74.100 Tonnen essbarer Lebensmittel weg. Dabei handelt es sich um Produkte deren Verbrauchsdatum abgelaufen ist, oder um beschädigte Ware. Außerdem wurden 35.600 Tonnen nicht verkauftes Brot und Gebäck an die Lieferanten retourniert. Österreichische Haushalte werfen bis zu 157.000 Tonnen weg.

Foto: pixabay

## DIE HANDLOS-BRÜDER IM GESPRÄCH MIT DEM „FREIEN BAUERN“

## „Wir sind im Mühlviertel verwur

Seit 2005 leiten die Brüder Peter und Herbert Handlos den Familienbetrieb Handlos Holz. Das Mühlviertler Unternehmen erhält 90 Arbeitsplätze und legt Wert auf Regionalität. „Der Freie Bauer“ im Gespräch mit den Handlos-Brüdern über die Situation in der Holzindustrie.

**Die Forst- und Holzwirtschaft sichert in Österreich etwa 300.000 Arbeitsplätze. Was schätzen Sie am Werkstoff Holz?**

**Herbert Handlos:** Holz ist ein Rohstoff, der zu 100 Prozent verwertbar, nachhaltig und vielseitig ist und der mittels Sonnenenergie, Wasser und einer Hand voll Mineralsalzen aus dem Boden und dem Kohlendioxyd aus der Luft zu einem wertvollen Werkstoff heranwächst. Holz speichert

zudem CO<sub>2</sub>, ist ausgesprochen klimaneutral – auch durch die oft kurzen Transportwege – und wächst immer wieder zu. Für bestimmte Verwendungen gibt es einfach keinen besseren Werkstoff als Holz.

**Seit 1818 ist die Stegmühle am Kettenbach im Besitz der Familie Handlos. Seitdem hat sich das Unternehmen beständig vergrößert. Worauf sind Sie besonders stolz?**

**Peter Handlos:** Wir haben

es nicht nur geschafft, das Unternehmen zu vergrößern, sondern auch, die Kundenzufriedenheit zu steigern. Heute beschäftigen wir 90 Mitarbeiter. Vor allem in den letzten 15 Jahren waren wir erfolgreich darin, die internationale Kundschaft zu erweitern. Heute beliefern wir Kunden von Polen bis Sizilien, aber auch in den USA und Japan. Insgesamt werden unsere Produkte in 23 Länder auf der ganzen Welt exportiert. Ein beachtlicher

Erfolg für einen Familienbetrieb aus dem Mühlviertel! Allerdings sorgt die Globalisierung auf dem internationalen Schnittholzmarkt nun auch dafür, dass man im Wettbewerb mit großen Playern in der ganzen Welt steht.

**Sie verfügen über eine breite Produktpalette von Brettschichtholz über Konstruktionsvollholz bis Blockhausbohlen. Wo liegt der Schwerpunkt für Ihr Unternehmen?**

**Herbert Handlos:** Der Schwerpunkt unseres Unternehmens liegt im Bereich des Konstruktionsvollholzes, also ein technisch getrocknetes, festigkeitssortiertes und



DER MÜHLVIERTLER  
FAMILIENBETRIEB  
SICHERT 90 ARBEITSPLÄTZE

## - REGIONALITÄT UND UNTERNEHMERISCHER ERFOLG:

## zelt - und das bleibt auch so!“

keilgezinktes Vollholzprodukt aus Nadelholz. Auch im Bereich des Brettschichtholzes liefern wir viele mögliche Querschnitte. Insgesamt werden in unserem Unternehmen jährlich etwa 180.000 Kubikmeter Holz mit den Hauptholzarten Fichte, Kiefer und Lärche verarbeitet. Zudem haben wir viele Produkte, die im Nicht-Sichtbereich liegen, weshalb wir auch in der Lage sind, einen gewissen Anteil schlechterer Qualität, zum Beispiel Käferholz, zu verarbeiten.

Gleichzeitig verfolgen wir aber auch die Philosophie, möglichst viele Arbeitsplätze in der Region zu schaffen und zu erhalten. Wie Sie ja

den jüngsten Presseberichten entnehmen konnten, sind wir derzeit auf der Suche nach einem neuen Standort im Mühlviertel, an dem wir weitere Arbeitsplätze schaffen wollen. Unser Ziel ist es dabei, nicht nur selbst Stellen zu schaffen, sondern auch, dass weitere Dienstleister – etwa Handwerker, oder auch Gastbetriebe vor Ort – von einem neuen Standort profitieren können. Damit könnten wir unseren Beitrag leisten, um die Menschen in der Region zu halten und nicht zum Pendeln in den Zentralraum zu zwingen. Unser Anspruch ist es daher im Rahmen unserer Möglichkeiten, die Landwirtschaft und die regionale Wirtschaft zu unterstützen.

**Die vergangenen Monate waren eine schwierige Zeit für die Forstwirtschaft – Stichworte: Trockenheit, Borkenkäfer und Schnee-**

**druck. Wie bewerten Sie als Vertreter der verarbeitenden Industrie den derzeitigen Holzmarkt?**

**Herbert Handlos:** Unabhängig von der derzeitigen Situation ist das beinahe schon „traditionelle“ Gegeneinander von Waldbesitzern und Sägeindustrie ein Thema, das man in Zukunft besser angehen müsste. Immerhin kann keiner ohne den anderen existieren. Was die aktuelle Situation am Holzmarkt angeht, so hat sich der Schnittholzpreis um etwa drei Prozent nach unten bewegt, während der Rundholzpreis um fast 30 Prozent gesunken ist.

Hier könnte mehr Transparenz und ein fairer Umgang miteinander noch vieles verbessern. Doch auch die Stimmung gegenüber Unternehmern ist in Österreich noch verbesserungswürdig. Anstatt sich zu freuen, dass es Menschen gibt, die bereit

sind, ein unternehmerisches Risiko auf sich zu nehmen und in Arbeitsplätze zu investieren, hat man oftmals den Eindruck, dass den Unternehmern absichtlich Steine in den Weg gelegt werden. Mit dieser Mentalität werden wir es jedenfalls langfristig nicht schaffen, uns als Wirtschaftsstandort auf dem Weltmarkt zu behaupten.

**Peter Handlos:** Betrachten Sie nur die Diskussion im Jahr 2017 um die Förderung einer Photovoltaik-Anlage für unseren Betrieb. Da wird Stimmung gemacht, weil ich als Verkaufsleiter ein politisches Mandat innehabe. Dass wir aber durch die Anlage 20 Prozent unseres Energiebedarfs selbst decken, wird dabei übersehen. Anstatt sich zu freuen, dass wir nachhaltig durch Photovoltaik einen Teil des Energiebedarfs für unser Unternehmen decken, wird von gewissen Kreisen politisches Kleingeld gelöst.

Generell habe ich den Eindruck, dass die Berichterstattung in den Medien nach wie vor sehr unternehmerkritisch ist. Diese Berichterstattung passt aber mit dem Anspruch Oberösterreichs, ein attraktiver Industriestandort und ein „Wirtschaftsbundesland“ zu sein, nicht zusammen.

Es wird oft in der veröffentlichten Meinung nicht die Chance gesehen, die sich durch eine unternehmerische Investition ergibt, sondern nur eine unter Umständen mögliche Veränderung des Status quo. Eine solche Mentalität hat aber Oberösterreich nicht dahin gebracht, wo wir jetzt sind. Wir sind aber zuversichtlich, dass die große Mehrheit – vor allem der Menschen in unserer Region – die Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung des Mühlviertels sehen. Handlos Holz ist hier im Mühlviertel fest verwurzelt und das soll auch so bleiben!



Fotos (2): privat/handlos

DIE BEIDEN BRÜDER  
PETER UND HERBERT HANDLOS



KOMMENTAR  
Alois Affenzeller

## ZEIT ZUM HANDELN

Werden wir Bauern zwischen Molke- reien und Handelsketten zerrieben? Besonders die Eigenmarken des Handels setzen die Bauern unter Druck, sie bedeuten austauschbare Lieferanten! Die Spar Österreich-Gruppe wächst nach eigenen Angaben jährlich zwischen vier und fünf Prozent. Seit neun Jahren in Folge ist sie unangefochtener Wachstumsführer im Bereich der Supermärkte und Hypermärkte. Wachstum auf Kosten der österreichischen Landwirtschaft? Spar-Chef Drexel sagt: „Der Umsatzanteil, den wir mit unseren Eigenmarken erzielen, hat in Österreich die Schallmauer von 40 Prozent bereits überschritten. Wir nennen diesen Wert Spar-intern unseren ‚Unabhängigkeits-Index‘.“ Die Unabhängigkeit des Handels treibt die Bauern zunehmend vor sich her. Die Forderung nach einer verpflichtenden Herkunftskennzeichnung, die die Freiheitliche Bauernschaft in das Regierungsprogramm reklamiert hat, ist daher von großer Bedeutung für die österreichische Landwirtschaft. Der Handel zeigt sich inzwischen grundsätzlich gesprächsbereit. Doch er knüpft seine Bereitschaft an eine gleichwertige Kennzeichnung in der Gemeinschaftsverpflegung, den Großküchen, die immerhin ein Fünftel der Österreicher täglich versorgen. Wenn Österreich eine strukturerhaltende Landwirtschaft haben will, müssen wir gemeinsam handeln.

## NACH UNVERSTÄNDLICHEM TIROLER URTEIL:

# „Kuh-Urteil“: Resolution der Freiheitlichen Bauernschaft

**Das von vielen als skandalös empfundene nicht rechtskräftige Tiroler Urteil bezüglich des Todes einer Touristin auf einer Almfläche, soll nun in einer Resolution münden. Die Freiheitliche Bauernschaft kündigte eine entsprechende Initiative an.**

„Es ist nicht hinnehmbar, dass die mangelnde Eigenverantwortung der Menschen nun zum Nachteil etwa für Landwirte wird“, so der Obmann der Freiheitlichen Bauernschaft OÖ, Ing. Franz Graf. „Die Öffnung der Almen und der Waldflächen für die Allgemeinheit zur Erholungssuche vor mehr als 40 Jahren darf nun nicht zum Bumerang für deren Besitzer werden. Wir stehen offenbar vor amerikanischen Verhältnissen, wenn die Menschen nicht mehr in der Lage sind, Eigenverantwortung zu übernehmen. Das gilt nicht nur beim ignorieren von Warn-

hinweisen auf der Alm, sondern auch bei der Waldarbeit. Jeder Waldbauer kann ein Lied davon singen, wenn Spaziergänger trotz Warntafeln Schlägerungsflächen betreten“, so Graf weiter.

„Es ist also hoch an der Zeit, dass nicht nur die Bauernvertreter hier die Justiz daran erinnern, dass Menschen für ihre Handlungen und Unterlassung verantwortlich sind, sondern auch die restliche

Politik. Wir werden daher in der nächsten Vollversammlung einen entsprechenden Resolutionsantrag einbringen, der die Thematik des unverständlichen Tiroler Urteils aufgreift. Ich kann nur hoffen, dass das Urteil in der zweiten Instanz keinen Bestand haben wird, sonst wird es schwere Folgen für den Tourismus und die Almwirtschaft haben“, so Graf abschließend.



Foto: pixabay

## TIERSCHÜTZER IN FRANKREICH HATTEN GEKLAGT:

# EuGH-Urteil: Halal-Fleisch darf kein Bio-Siegel tragen

**Das Bio-Siegel soll höchste Standards garantieren. Die Halal-Schlachtung verstößt gegen diese Standards, urteilt der Europäische Gerichtshof (EuGH).**

Fleisch von Tieren, die ohne vorherige Betäubung rituell geschlachtet wurden, darf nach einem Urteil des EuGH nicht mit dem EU-Bio-Gütesiegel gekennzeichnet werden. Die Schlachtmethode erfülle nicht die Tierschutzstandards, erklärte das Gericht. In Frankreich

wollte eine Tierschutzorganisation erreichen, dass als halal gekennzeichnete Hacksteaks nicht als „biologisch“ beworben werden dürfen. Das zuständige Gericht bat den EuGH um Rat. In den betreffenden EU-Verordnungen werde betont, dass bei Bio-Fleisch das Tierwohl eine zentrale Rolle spiele. Betäubung sei die Technik, die das Tierwohl am wenigsten beeinträchtige. Die von religiösen Riten vorgeschriebenen Methoden ohne Betäubung erfüllten diese Kriterien nicht.



Foto: pixabay



## STEUERREFORM:

# Bauern fordern Entlastung

Mit der geplanten Steuerreform sollen schrittweise auf 4,5 Milliarden Euro ansteigende Entlastungen für die Bürger und die Wirtschaft umgesetzt werden. Die LK OÖ fordert dazu auch eine spürbare Entlastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen für die Bauern. Zudem seien dringend weitere Entlastungen bei den Beiträgen für Saison-Fremdarbeitskräfte erforderlich.

Foto: pixabay



IN DER EU AUF  
PLATZ SECHS DER  
GEFÄLSCHTEN  
LEBENSMITTEL: HONIG

## LK-VOLLVERSAMMLUNG NIMMT ANTRÄGE AN:

# Anträge der FB angenommen

Die jüngsten Anträge der Freiheitlichen Bauernschaft OÖ wurden von der Vollversammlung der LK angenommen. Damit wurde ein starkes Zeichen der Einigkeit in der Interessenvertretung der Bauern gesetzt. Vor allem die Transparenz der Produktherkunft für den Konsumenten stand im Vordergrund der freiheitlichen Forderungen.

Die Freiheitliche Bauernschaft OÖ setzt sich seit langem für eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln ein. Das Prinzip „Aufwuchsland-Schlachtland-Verarbeitungsland“ vor allem bei Fleisch-, Milch- und Eiprodukten sollte verpflichtend auch in Österreich gelten. Gleiches forderte die Freiheitliche Bauernschaft OÖ auch in Bezug auf Honig. Honig ist in der EU auf Platz sechs der gefälschten Lebensmittel. Von zehn Ho-

### HONIG AUS ÖSTERREICH

nigproben sind laut EU-Analysen 1,4 verfälscht. Die derzeitigen Informationen auf den Etiketten geben dem Verbraucher keine ausreichenden Informationen über die Herkunft des Produktes. Nur wenn der Honig zu hundert Prozent aus einem Land stammt, hat der Konsument derzeit die Chance das Ursprungsland zu erfahren. Wenn der Honig jedoch seinen Ursprung in mehr als einem EU-Mitgliedstaat oder

Drittland hat, so kann die Angabe der Ursprungsländer durch eine der folgenden Angaben ersetzt werden: „Mischung von Honig aus EU-Ländern“, „Mischung von Honig aus Nicht-EU-Ländern“, „Mischung von Honig aus EU-Ländern und Nicht-EU-Ländern“. Dabei sind aktuell weder die Herkunftsländer, noch die genauen Mischverhältnisse anzugeben. Das will die Bauernvertretung nun geändert wissen.

Auch bei der sogenannten ESL-Milch, die mit dem Spruch „Länger frisch“ vermarktet wird, hat sich die Freiheitliche Bauernschaft OÖ in einem einstimmig angenommenen Antrag dafür ausgesprochen, dass Milch, die 27 Tage haltbar ist, nicht mit dem Prädikat „frisch“ beworben werden sollte. Umfragen unter Konsumenten zei-

gen nämlich, dass 60 Prozent der Befragten frische Milch konsumieren wollen. Die ESL-Milch wirbt damit, Frischmilch zu sein, ist es aber de facto nicht. Darin sah die Freiheitliche Bauernschaft OÖ Irreführung der Konsumenten. „Die Vollversamm-

### QUALITÄT

lung konnte von der Wichtigkeit unserer Forderungen überzeugt werden. Es ist uns über die Fraktionsgrenzen hinweg als Bauernvertreter sehr wichtig, dass der Konsument hochwertige Produkte vorfindet, die eindeutig und transparent gekennzeichnet sind“, kommentierte der Obmann der Freiheitlichen Bauernschaft OÖ, Ing. Franz Graf. „Der Ball liegt jetzt beim Landwirtschaftsministerium, die entsprechenden gesetzlichen Weichen zu stellen.“



IST MILCH NACH 27  
TAGEN WIRKLICH  
NOCH „FRISCH“?



### KOMMENTAR

Ing. Franz Graf

## „HAUS- GEMACHTES“

Die Landwirte werden zunehmend durch Forderungen von außen unter Druck gesetzt. Diese Forderungen lassen jedoch meist hinsichtlich ihrer fachlichen Haltbarkeit mehr als zu wünschen übrig. Da bedarf es jedes Mal enormer Kraftanstrengung von den Bauern und ihren Interessenvertretern entschieden dagegen zu halten und Fakten klarzustellen. Seit kurzem kommen aber solche Praktiken immer öfter von den eigenen Leuten, etwa von den Molkereigenossenschaften. Höhere Standards, besonders beim Tierwohl, unterliegen einer laufenden Weiterentwicklung, der sich keiner entziehen will und kann. Nur braucht es da zuerst eine Standortbestimmung zum im Wettbewerb stehenden Umfeld und eine fachliche Auseinandersetzung mit diesem Thema. Doch die Genossenschaften und der Handel diktieren zunehmend Standards nach eigenem Gutdünken, wobei die „Guten“ nicht belohnt werden, sondern der Rest mit Preisabschlägen abgestraft wird. Wir Bauern und unsere Molkereien müssen das Heft des Handelns, zum Beispiel durch den Einsatz für einen starken Branchenverband, wieder selbst in die Hand nehmen und nicht mit solch billigen und durchschaubaren Marketinggags die schlechte Arbeit der Handelsketten kopieren. Ob absichtlich oder nicht, diese Forderungen stellen für die Bauern einen enormen Schaden dar, der von den eigenen Leuten verursacht besonders wehtut.



GERHARD KNOLL

SPITZENKANDIDAT

ÖSTERREICH

ZUERST

